

Auer Tageblatt und Anzeiger für das Erzgebirge.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. H. Auer. Druck: Auer'sche Buchdruckerei, A. Auer, Chemnitz. Preis: 10 Pf. pro Quartal, 30 Pf. pro Semester, 1.00 Pf. pro Jahr. Einzelhefte 5 Pf. Abonnement: 1.00 Pf. pro Jahr, 30 Pf. pro Semester, 10 Pf. pro Quartal. Ausland: 1.20 Pf. pro Jahr, 35 Pf. pro Semester, 12 Pf. pro Quartal. Einzelhefte 6 Pf. Anzeigen: 1.00 Pf. pro Zeile pro Tag. Kleinanzeigen: 5 Pf. pro Zeile pro Tag. Inserate: 1.00 Pf. pro Zeile pro Tag. Anzeigen: 1.00 Pf. pro Zeile pro Tag. Kleinanzeigen: 5 Pf. pro Zeile pro Tag. Inserate: 1.00 Pf. pro Zeile pro Tag.

Das Auer Tageblatt ist ein politisches und literarisches Blatt. Es enthält Nachrichten, Berichte, Kommentare und literarische Beiträge. Die Redaktion ist in Chemnitz ansässig.

Das Auer Tageblatt ist ein politisches und literarisches Blatt. Es enthält Nachrichten, Berichte, Kommentare und literarische Beiträge. Die Redaktion ist in Chemnitz ansässig.

Nr. 244.

Mittwoch, den 20. Oktober 1920.

15. Jahrgang.

Das Wichtigste vom Tage.

Bei der Wiedergutmachungskommission sind in Ausführung des Friedensvertrages deutsche Schadenschäden über einen Betrag von 80 Milliarden Goldmark hinterlegt worden.

Der Verfassungsausschuss des Reichswirtschaftsrates wird sich demnächst mit der Frage der Neuordnung der Wirtschaftsverfassung befassen.

Wie Petit Journal wissen will, habe man in Boulogne als Minimum der von Deutschland zu verlangenden Summe 170 Milliarden festgesetzt.

Mit dem gestrigen Tage hat in Kärnten die Abstimmungskommission die Verwaltung der Zone A übernommen.

Wie Matin meldet, ist damit zu rechnen, daß im Laufe dieses Jahres das Defizit der französischen Eisenbahnen die Summe von 2 Milliarden Francs erreichen wird.

Tempo berichtet über einen Aufstand in Panama, dem der ehemalige Diktator Castro nahe stehen soll. Die Stadt Victoria sei bereits in den Händen der Aufständischen.

Das deutsche Weißbuch über Oberschlesien.

Der auswärtige Ausschuss des Reichstages hatte vor seiner letzten Tagung eine Denkschrift über die Vorgänge im ober-schlesischen Abstimmungsgebiet während des Augustaufstandes 1920 verfaßt. Diese verlangte und vom Auswärtigen Amt fertiggestellte Weißbuch liegt nunmehr vor und ist dem Reichstag bei seinem Zusammentritt überreicht worden. Das deutsche Weißbuch stellt in seiner Gesamtheit eine überaus wichtige Angelegenheit gegen die Polen dar, und ein genaues und objektives Studium des Weißbuches erbringt den schlagendsten Beweis, daß allein die Polen für den Augustaufstand verantwortlich zu machen sind, da sie ihn vorbereitet und durchgeführt haben. Das Angelegenheit besteht nicht aus irgendwelchen anfechtbaren Erörterungen, sondern es besteht aus edelstatisch abgegebenen Erklärungen von namhaft gemachten Zeugen. Es besteht aber auch weiter aus dem politisch en Geheimmaterial, das ein glücklicher Zufall einem deutschen Grenzwachter in die Hände spielte. Nunmehr wird sich die Welt überzeugen können, wer der Friedensstörer in Oberschlesien ist, und die französische Presse, die noch in den letzten Tagen immer wieder von den deutschen Machenschaften in Oberschlesien sprach, wird nunmehr Gelegenheit haben, an Hand der deutschen Beweismittel zu erörtern, wer allein der wirklich Schuldige in Oberschlesien ist. Das deutsche Weißbuch behandelt einleitend die Vorgänge in Katowitz vom 17. bis 19. August, schildert dann die geheimen polnischen Kampforganisationen sowie den Operationsplan. In einem weiteren Kapitel wird dann die Geschichte des Aufstandes selbst erzählt und schließlich wird die Frage erörtert, ob die geheimen Kampforganisationen und ihr Operationsplan im Zusammenhang stehen mit dem Aufstand. Auf Grund des überreichlich vorgebrachten Materials mußte diese Frage bejaht werden. Von besonderem Interesse ist aber auch jenes Kapitel des Weißbuches, in dem die Tätigkeit der für Ruhe und Ordnung verantwortlichen Organe geschildert wird. Danach ergibt sich, daß die internationalisierte Kommission und besonders General Lerond keineswegs ihr Amt während des Aufstandes so ausgeübt haben, wie es allein hätte ausgeübt werden müssen. Es ergibt sich aber auch weiter, daß es gerade die französischen Truppen waren, die überall die Verbrechen der polnischen Aufständischen nicht nur gebildet, sondern sie gefördert haben, indem sie ihnen Munition und Waffen aushändigten. Das Schlusss Kapitel des Buches, das die verübten polnischen Verbrechen schildert, zeigt, zu welcher Steilrede der polnische nationalitische Hab gediegen ist. Der Friedensvertrag hat der ober-schlesischen Bevölkerung das Recht zugesichert, frei und unabhängig zu entscheiden, ob sie zu Deutschland oder Polen gehören will. Eine freie Entscheidung ist bei den jetzigen Umständen aber unmöglich. Wenn dem Friedensvertrag Genüge geschehen soll, so müssen Verhältnisse geschaffen werden, die es ermöglichen machen, daß die freie Stimmenabgabe der ober-schlesischen Bevölkerung beeinträchtigt wird.

Der Parteitag der S.P.D. und U.S.P.D.

Man wird sagen können, daß der mehrheitlich sozialistische Parteitag in Kassel nach Wahgabe den Aufgaben gerecht geworden ist, die ihm gestellt waren. Wenn mancher, besonders im Lager der Rechtsparteien, der Ansicht war, daß man einerseits in Kassel sich opportunistisch betätigt und andererseits allgütig mit radikalen Wrauen gearbeitet hätte, so dürfte darin doch immerhin eine Anerkennung der Situation der Weimarer Sozialdemokratie liegen. Sie konnte nun einmal nicht darum herum, auf die Entwicklung und von ihr ein

scharfes Auge zu haben, und wenn sie zu ihrem Teil dazu beiträgt, eine Entwicklung zu hemmen und die Verantwortungsbewußte und besonnenere Mehrheit der deutschen Arbeiterklasse zu staatsbürgerlicher Bewusstseinsbildung zu erziehen, so wird man ihr das als Mittel zum Zweck haben, auch wenn sie auf Grund dieser Tatsachen nach Ansicht der Rechtsparteien das Gefühl ihres Einflusses auf die leitende Linie der Reichspolitik übertriebt. In den nächsten Monaten wird man vor die Frage gestellt werden, wie die Basis der Reichsregierung stark genug erhalten werden kann, um ihr nach innen und außen die erforderliche Autorität zu gewährleisten. Die Lösung dieses Problems kann, wie immer wieder betont werden muß, ohne die Unterstützung der S. P. D. nicht erreicht werden. Von diesem Gesichtspunkt aus muß daher auch der Ausgang des Kasseler Parteitages gewertet werden. Nicht minder erheblich ist der der unabhängigen sozialdemokratischen Heeresfront in Halle. Der Gang der Dinge dort war nur allzu oft direkt abstoßend. Szenen, wie man sie dort erlebt, sind bisher nirgends gesehen worden. Das unerfreulichste war das Auftreten des Moskauer Delegierten Sinowjew, der, wie erinnerlich, zu brutaler Massenschänderei aufforderte. Der Endeffekt war dann, daß der rechte Flügel unter Führung Treppens und Debour den Saal verließ und Däumig und Genossen die Waisstatt behaupteten. Däumig wird nun als Führer der linken Mehrheit verstanden, sich als Führer der eigentlichen U. S. P. anzusetzen, was besonders im Hinblick auf die Auseinandersetzung über das Parteivermögen und die Parteipresse noch seine Folgen haben dürfte. Im Lager der rechtsunabhängigen wird es nun zunächst darauf ankommen, wie sich das Widerwärtige der Kräfte zwischen der mehr radikalen Richtung Treppens-Debour und der mehr demokratisch gesonnenen Richtung Kaustsch-Dillenberg entwickeln wird. Man muß dabei auch im Auge behalten, daß der Kommunismus, der stets von den Debour-Wirbeln steht, in sich gleichfalls nicht geschloffen ist, und daß auch dort das ganz radikale Moskauerum noch um die endgültige Herrschaft ringt. Jedenfalls steht man aber, daß das Ergebnis von Halle von großer allgemeiner innenpolitischer Bedeutung ist. Nicht nur die Reichsregierung, sondern auch alle politischen Parteien werden sich darauf einstellen und ihre künftige Haltung sehr sorgfältig aus diesem Gesichtswinkel heraus bestimmen müssen.

Wiedereröffnung des Reichstags.

Am Dienstag ist der Reichstag nach der ausgedehnten Sommerpause wieder zusammengetreten. Das Haus war gut besetzt. Präsident Osbe hieß die Abgeordneten nach den Sommerferien willkommen. Er gedachte unserer ober-schlesischen Volksgenossen die unter schweren Bedingungen leiden müssen, aber trotzdem treu zu ihrem Lande und zu ihrem Volke gestanden haben. Möge bald der Tag kommen, an dem sie erlöst werden von fremder Besatzung und fremdem Druck, an dem wieder Ordnung und Frieden ihnen gegeben werden kann. (Beifall.) Der Präsident stellte dann fest, daß der Reichstag sich dem Protokoll der Regierung gegen die Verfassung der Reichsmeinung in Eupen und Malmedy anschließt. In der ungeschicklichen Zustimmung der Besetzung der Delegierten wird der Reichstag selbst Stellung nehmen, um diesen Anschlag gegen ein arbeitendes Volk zurückzuweisen. (Beifall.) Mit Genugtuung blickte er auf die Deutschen in Kärnten, die ein Bekenntnis zum Deutschstum abgelegt haben. Die Befundung deutscher Treue im Norden, Osten und Süden bereitet den Tag vor, an dem alle Deutschen eng verbunden wieder die Hände ineinanderlegen können. (Beifall.)

Vor Eintritt in die Tagesordnung beantragte Abg. Debour (Unabh.) einen Antrag der Unabhängigen Sozialdemokratischen Fraktion (Zusatz: Welcher? Heiterkeit) auf die Tagesordnung zu setzen, in dem

Einpruch gegen die Ausweisung von Sinowjew und Besowetz

erhoben wird. (Heiterkeit bei den bürgerlichen Parteien.) Wir sind grundsätzlich gegen solche Ausweisungen, weil wir grundsätzlich gegen die Anwendung terroristischer Mittel sind. (Schallende Heiterkeit.) Präsident Osbe stellte fest, daß der Antrag nur auf die Tagesordnung gesetzt werden kann, wenn kein Widerspruch erfolgt. Abg. Schulz, Bromberg (Dösnat.): Auch wir sind der Ansicht, daß die Sache rasch erledigt werden muß, daß der Mann sofort ausgewiesen werden muß. (Heiterkeit.) Es ist aber nicht notwendig, daß jetzt gleich darüber verhandelt wird. Wir widersprechen daher dem Antrag. — Der Präsident stellte fest, daß nach diesem Einspruch der Antrag am Dienstag nicht verhandelt werden kann. Er soll aber auf die Tagesordnung der Sitzung am heutigen Mittwoch kommen.

Auf der Tagesordnung standen dann 85 kleine Anfragen, die zum Teil schon vor Monaten eingebracht worden waren. Heute, Mittwoch, 9 Uhr schloß ein Antrag Debour über die Ausweisung der Russen Sinowjew und Besowetz. Gelesen aber die Kapitalkucht. Schluß 5 Uhr.

Die nächsten Verhandlungen des Reichstages.

Der Vorkonferenz des Reichstages beschloß, den Besetzungsurteil über die Kapitalkucht erst am Mittwoch

wach auf die Tagesordnung zu legen. Donnerstag ist freigegeben, um dem Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten Zeit zur Beratung zu geben. Es soll u. a. über die Währungsfrage Ober-Schlesien verhandelt werden. Am Freitag kommt die Interpellation über die Lage in den besetzten Gebieten zur Verhandlung. Sodann wird bis einschließlich Dienstag der kommenden Woche eine Pause eintreten, da an diesen Tagen der Parteitag der Deutschnationalen Volkspartei stattfindet. Am Mittwoch, den 27. Oktober, werden der Reichskanzler und der Finanzminister über die politische und über die wirtschaftliche Lage sprechen. Daran wird sich eine auf vier Tage berechnete politische Aussprache knüpfen. Der Etat für 1920 wird bei dieser Aussprache mitbehandelt werden.

Der Kampf um Hermes.

Der Aktion gegen den Reichsernährungsminister Dr. Hermes schließt sich neuerdings auch die Freiheit an. Sie behauptet, drei sehr einflussreiche Zentrumsabordnete hätten dem damaligen preussischen Ministerpräsidenten Dr. Bruns und dem damaligen Reichsfinanzminister Erzberger eine Denkschrift überreicht, in der die Ernennung von Dr. Hermes, der damals noch nicht einmal zum Ministerialdirektor aufgerückt war, zum Unterstaatssekretär empfohlen wurde. In der Begründung wird gesagt: Endlich muß Wert darauf gelegt werden, daß der neue Unterstaatssekretär im Reichswirtschaftsministerium katholisch und Zentrumsmann ist. Bereits seit langem wird es in katholischen Kreisen unangenehm empfunden, daß es der Zentrumsregierung noch nicht gelungen ist, Katholiken in einflussreichen Stellen der Ministerien unterzubringen. Bisher dürfte, abgesehen von den parlamentarisch besetzten Regierungsstellen, nach kein katholischer Unterstaatssekretär im Amt sein. Es muß aber auch der Zentrumspartei daran liegen, hervorragende tüchtige Kräfte der eigenen Partei in Stellen der beamteten Unterstaatssekretäre unterzubringen, damit einmal der Einfluss der Partei gesichert bleibt, auch wenn sie selbst vorübergehend infolge anderer politischer Konstellationen von der Regierung ausgeschlossen sein sollte, ferner um das Ansehen der Katholiken überhaupt zu heben und weiterhin um die Unterbringung des Reichswirtschaftsministeriums in diesem Bereich besonders geeignet sein, zumal den katholischen Kreisen dadurch Gelegenheit gegeben würde, auch in Einzelfragen maßgeblichen Einfluss auf das deutsche Wirtschaftsleben auszuüben.

Hermes habe es als einziger Sekretär des Reichswirtschaftsministeriums trotz Drängens des Unterstaatssekretärs v. Mühlendorf durch diplomatische Geschicklichkeit verstanden, die Übertragung der gebundenen Verwaltung auf die Landwirtschaft und die mit ihr eng zusammenhängenden Industrien (Stoff-, Futtermittel usw.) zu vermeiden. Der damalige Unterstaatssekretär in der Reichskanzlei Wübert schrieb an den Mand der Denkschrift folgende Worte: Dieser Mann ist nach den Schriftstücken ein Jude! Nach meinen Kenntnissen und Informationen hat er nicht das erforderliche Können, vor allem fehlt ihm die Erfahrung in der Staatsverwaltung und die Kenntnis ihres Apparats. Dieser Mangel kann durch die katholische Konfession wohl nicht ganz ausgeglichen werden. Die Kandidatur wird auch zu hoch betrieben. — Die Freiheit benützt den Anstoß, von einer politischen Korruption der bürgerlichen Parteien zu sprechen, die untrennbar mit dem bürgerlichen Partikularismus verknüpft ist. Das politische System, für das die Freiheit im Augenblick eintritt, ist uns nicht bekannt. Das Arbeiterräte- und Sowjetsystem Vorkonferenzanspruch ausschließen, wird sie wohl selbst nicht behaupten wollen, ebensowenig, daß ihre eigenen Freunde bei der Besetzung von Stellen die Sache über die Partei stellen.

Der englische Bergarbeiterstreik.

Der Bergarbeiterstreik in England ist jetzt allgemein. In Cleveland haben einige tausend Arbeiter der Eisenbergwerke die Arbeit gleichzeitig mit den Arbeitern der Kohlengruben niedergelegt. In vielen von den acht großen Bergbauverbänden der Eisenbahnen in Schwabes erklärte man sich energisch für einen sofortigen Sympathiestreik, ebenso in Liverpool. In London, der Vorherrscher des englischen Kohlenverbandes, sagte in einer Unterredung, daß bereits Tausende von Seeleuten durch den Bergarbeiterstreik arbeitslos geworden seien. Am Montag sind in London die Arbeitslosen von den verschiedenen Werken der Themse unter Führung von 15 Bergarbeitern der Donsdoner Bergwerke nach Downing Street marchiert. Sie waren im ganzen 7 Demonstrationstage. Ein großes Volksaufgebot hielt die gewaltige Menge in Schwab. Die Polizei mußte aber noch versetzt werden. In den Tagen wurden rare Fahnen entrollt, und es kam zu einem Kampfe zwischen der Polizei und der Menge. Die Fenster der umliegenden Regierungsgebäude wurden zertrümmert. Die kleinen Wägen zu beiden Seiten der Wohnung des Premierministers wurden zerstört. Ein Mann wurde getötet und einige 10 verletzt. Inzwischen hatte